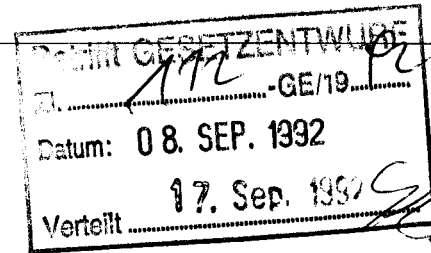




# ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

An das  
Bundesministerium für Justiz  
Museumstraße 7  
1070 W i e n

Zl. 225/92



DVR: 0487864

PW/NC

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Minister-  
ialverordnung, RGBl.Nr. 10/1853, das Amtshaftungsge-  
setz, das Finanzstrafgesetz, das Strafrechtliche Ent-  
schädigungsgesetz, das Datenschutzgesetz, das Medien-  
gesetz, das Kartellgesetz, das Strafvollzugsgesetz  
und das Bewährungshilfegesetz geändert sowie die nie-  
derösterreichischen Umland-Bezirksgerichte Wiens nie-  
derösterreichischen Gerichtshöfen zugewiesen werden.  
GZ. 17.124/309-I 8/92

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem in Betreff angeführten Gesetzesentwurf erstattet der  
Österreichische Rechtsanwaltskammertag in Entsprechung des da.  
Ersuchens vom 13.07.1992 nachstehende

## S T E L L U N G N A H M E:

Dem vorliegenden Gesetzesentwurf wird vollinhaltlich zuge-  
stimmt, da durch die vorgesehene Gesetzesänderung auch für  
Nichtjuristen nunmehr die Gleichrangigkeit sämtlicher Gerichts-  
höfe I. Instanz klargestellt wird, sowie durch den Entfall von  
unter dem Gesichtspunkt der örtlichen Zuständigkeit bisher sy-  
stemwidriger Sonderzuständigkeiten eine Bereinigung des Instan-

- 2 -

zenzuges insbesondere auch der Wien umgebenden Bezirksgerichte erfolgt.

Wien, am 04. September 1992

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG



**Dr. Schuppich**

Für die Richtigkeit der Ausfertigung  
der Generalsekretär

A handwritten signature in dark ink, appearing to read "Dr. Schuppich", written in a cursive style.